

---

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Handwerkskolleginnen und -kollegen,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich heiße Sie sehr herzlich willkommen zur Sommersitzung der Vollversammlung der Handwerkskammer Reutlingen. Besonders begrüßen möchte ich zunächst Herrn Ministerialrat Bernd Scherrer als Vertreter des Wirtschaftsministeriums. Seien Sie uns herzlich willkommen. Wir haben heute wieder einmal interessante Themen zu besprechen. Deshalb werde ich auch angesichts der Temperaturen hier im Raum versuchen, mich kurz zu fassen und steige gleich in meinen Bericht ein.

Vorab möchte ich gleich darauf hinweisen, dass wir sehr stolz auf das Jahresergebnis der Handwerkskammer Reutlingen sein können. Und gleich zu Beginn möchte ich auch der Verwaltung der Handwerkskammer für ihre ausgezeichnete Arbeit danken.

Also guten Zahlen bei der Handwerkskammer, den nächsten Konjunkturerekord knapp verfehlt – so könnte die Überschrift über das Zahlenwerk der vergangenen Wochen und Monate lauten. Herr Dr. Eisert wird Sie nachher genauer über die Zahlen des ersten Teils dieser Überschrift informieren, ich gehe kurz auf die konjunkturelle Lage im Kammerbezirk ein. Die Einschätzung der Handwerkerinnen und Handwerker fiel im vergangenen Quartal ein wenig zögerlicher als noch im vergangenen Jahr aus: Es wurden nicht alle Erwartungen erfüllt. Aber ich will nicht schwarzmalen: An der positiven Grundstimmung hat sich im Grunde nichts geändert: vier von fünf Betrieben rechnen immerhin noch mit einer besseren oder zumindest stabilen Auftragslage.

Mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen in den Landkreisen Freudenstadt, Reutlingen, Sigmaringen, Tübingen und Zollernalb beurteilte die Geschäftslage im zweiten Quartal 2013 mit der Note „gut“ und sechs von zehn Betrieben gehen optimistisch in die Sommermonate. Lediglich jeder zehnte Betrieb äußerte sich unzufrieden oder pessimistisch.

Positiv ist auch, dass die Auftragsbücher nach wie vor ordentlich gefüllt sind. Der durchschnittliche Auftragsbestand beträgt zurzeit rund achteinhalb Wochen, rund eine Woche mehr als vor zwölf Monaten. Das hängt sicherlich mit dem langen Winter zusammen, denn viele Aufträge auf dem Bau, die witterungsbedingt liegen geblieben sind, werden nun nach und nach abgearbeitet.

Die Hoffnungen der gewerblichen Zulieferer auf eine nachhaltige Frühjahrsbelebung haben sich allerdings nicht erfüllt. Nur jeder vierte Metall- und Elektrobetrieb konnte ein Auftragsplus verzeichnen. Entsprechend verhalten fällt der Ausblick auf den Sommer aus. Das gilt auch für die Autohäuser und Werkstätten. Jeder vierte Betrieb im Kfz-Gewerbe rechnet mit rückläufigen Auftragseingängen. Dass wir insgesamt aber dennoch von einem immer noch positiven Trend ausgehen müssen, das zeigt ein anderer Teil der Umfrage: Jeder achte Betrieb will seinen Personalbestand aufstocken.

Wenn Betriebe neue Mitarbeiter einstellen, dann ist das in der Regel ein Zeichen von Zuversicht, ja, es ist ein deutliches Anzeichen dafür, dass man zuversichtlich nach vorne schaut und sich sicher in dem wähnt, was man vorhat. Aber natürlich gibt es aktuell auch Themen, die diesen Trend in Frage stellen könnten.

Da gibt es zurzeit zwei Unsicherheitsfaktoren: Das sind zum einen die steigenden Energiekosten, und zum anderen die Steuererhöhungen, die von der SPD und den Grünen für den Fall ihres Wahlsieges bei der Bundestagswahl angekündigt wurden. Lassen Sie es mich deutlich sagen: Die Erhöhung des Einkommenssteuerspitzenatzes und

der Erbschaftssteuer oder die Wiederbelebung der Vermögenssteuern hätten deutlich negative Auswirkungen auf die kleinen und mittleren Betriebe.

Um das zu verdeutlichen: Beide Parteien haben vor, den Spitzensteuersatz ab Jahreseinkommen von 80.000 bzw. 100.000 Euro auf 49 Prozent anzuheben. Würden deren Vorstellungen realisiert, würde gerade der Gewerbeertrag des mittelgroßen Einzelunternehmers über Gebühr der Einkommensteuer unterworfen. Beide Parteien sind bislang auch den Beweis dafür schuldig geblieben, wie sie in verfassungskonformer Weise die betrieblichen Einkünfte eines Gewerbetreibenden und sein Vermögen von den geplanten Belastungen durch eine Sonderregelung ausnehmen wollen. Und dann stehen auch noch eine Vermögensabgabe und eine Vermögenssteuer im Raum.

Ich will auch noch einmal in aller Deutlichkeit darauf hinweisen, dass für die weitaus meisten Handwerker die Einkommenssteuer identisch mit der Unternehmenssteuer ist. Eine Erhöhung würde also die regionalen Leistungsträger weiter belasten, während die global operierenden Unternehmen ihre Gewinne in Europa steuermindernd hin- und herschieben können. Dass die auf Bundesebene formulierten Rot-Grünen Pläne kritisch sind, das zeigt sich sogar an der Skepsis einiger Grüner Politiker im Land.

Ich möchte hier nicht Binsenwahrheiten verkaufen: Aber eine Politik, die den Mittelstand stärkt, ist die beste Standortpolitik. Was jedoch derzeit in der Steuerpolitik diskutiert wird, ist aber schlichtweg eine Katastrophe. Das Handwerk braucht Planungssicherheit, um weiter für die Zukunft und damit in künftiges Wachstum investieren zu können. Um es noch einmal zu sagen: Die Handwerker drohen nicht mit der Flucht über die Grenzen – weder der des Kapitals noch der Arbeitsplätze.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
Sorgen bereitet nach wie vor die Nachwuchs- und Fachkräftesituation im Handwerk. Die Zahl der Schulabgänger sinkt ab jetzt zumindest bis 2020 Jahr für Jahr weiter, während die Zahl der Studenten mit kräftiger Unterstützung der Bildungspolitik aller Parteien bereits in der Vergangenheit gestiegen ist und weiter steigen wird.

Das liegt zumindest zum Teil auch daran, dass das Handwerk für junge Leute nicht die attraktivste Alternative bei ihrer Zukunftsplanung darstellt. Aber jenseits einer ausgezeichneten Imagekampagne des Handwerks muss man vielleicht auch selbstkritisch fragen, ob gutes Image und Attraktivität nicht noch mehr im Betrieb selbst beginnen muss. Hier wurde sicherlich schon manches erreicht. Aber es liegt noch viel Arbeit vor uns, damit diese Erkenntnis Platz greift.

Jedenfalls haben sich im Kammerbezirk bis zum 30. Juni 1.059 junge Frauen und Männer ihre Lehrstelle in einem Handwerksbetrieb gesichert. Das sind 5,4 Prozent mehr als im Vorjahr, aber das hängt möglicherweise auch damit zusammen, dass wir im vergangenen Jahr einen starken Rückgang zu verzeichnen hatten. Und nach wie vor sind noch viele Stellen verfügbar: Allein für dieses Jahr sind in der Online-Lehrstellenbörse der Kammer noch knapp 500 freie Ausbildungsplätze eingetragen.

Ich gehe jedenfalls davon aus, dass sich der positive Trend bei den Lehrverträgen fortsetzen wird. Denn schließlich brauchen unsere Betriebe den Nachwuchs dringend. Das sieht man auch daran, dass für das kommende Ausbildungsjahr in unserer Lehrstellenbörse im Übrigen fast 700 freie Ausbildungsstellen angeboten werden.

Prinzipiell aber gilt: Wenn es uns nicht gelingt, mehr junge Menschen für eine duale Ausbildung im Handwerk zu gewinnen, dann droht im schlimmsten Fall tausenden Handwerksbetrieben das Aus, weil die alt gewordenen Handwerksunternehmer keine Nachfolger finden. Das Handwerk unternimmt ja auch alle erdenklichen Anstrengungen, allerdings erwarte ich auch von der Politik, dass sie uns unterstützt. Die Gemeinschaftsschule, die Lehrer-

ausbildung, die systematische Berufsorientierung und der Erhalt von Kleinklassen an Berufsschulen – hier müssen viele Räder ineinandergreifen, damit uns das gelingt.

Das Land Bayern geht hier wieder einmal mit gutem Beispiel voran und macht ernst mit der vielgepriesenen Gleichwertigkeit der beruflichen und allgemeinen Bildung: Ab dem 1. September 2013 erhalten im Nachbarbundesland alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Meisterprüfung oder einer gleichwertigen öffentlich-rechtlichen Fortbildungsprüfung eine finanzielle Anerkennung des Freistaats in Höhe von 1.000 Euro. Dazu kann ich nur sagen: Baden-Württemberg hat die Studiengebühren abgeschafft, im Gegenzug wäre die Einführung einer Meisterprämie nur gerecht und konsequent. Das wäre in der Tat ein Baustein mit Signalwirkung für den Weg in die berufliche Bildung.

Apropos Bildung: Die Handwerkskammer Reutlingen wird zunehmend von vermeintlichen Experten zur positiven Haltung des baden-württembergischen Handwerks zur Gemeinschaftsschule angesprochen und teilweise heftig kritisiert. Ich möchte in diesem Zusammenhang ein paar Punkte in Erinnerung rufen und festhalten:

Ich finde es nicht angebracht, zwischen den unterschiedlichen Organisationen im Handwerk zu differenzieren. Die Handwerkskammer Reutlingen muss sich nicht dafür angreifen lassen, dass sie sich in schulpolitischen Verlautbarungen nicht anders äußert als der BWHT bzw. diesem das Feld bei bestimmten Themen allein überlässt. Schulpolitik ist Landespolitik. Es ist daher Folge der Aufgaben- und Arbeitsteilung zwischen den Organisationen an der Basis und dem Landesdachverband das Recht und die Pflicht des BWHT, hier Farbe zu bekennen.

Ich darf auch daran erinnern, dass auf BWHT-Ebene mit den Stimmen aller Handwerkskammern die derzeitigen Positionen abgestimmt und somit demokratisch legitimiert worden sind. Wer auf Kammerebene eine andere Position äußern will oder von mir als Kammerpräsident verlangt, dass ich dies von meiner BWHT-Funktion abweichend auf Kammerebene tue, muss das in unseren Gremien beschließen lassen.

Ich will aber nicht nur formal argumentieren: Auf inhaltlicher Ebene ist zu sagen, dass die derzeitigen bildungs- und schulpolitischen Positionen des BWHT – die die Gemeinschaftsschule mit längerem gemeinsamen Lernen, individuellerer Förderung und intensiver praktischer Berufsorientierung dem dreigliedrigen Schulsystem mit der schrumpfenden Hauptschule aus unserer Sicht überlegen macht – weder aus der Luft gegriffen sind noch dass wir sie uns aus den Fingern gezogen haben:

Unsere Schlussfolgerungen entspringen vielmehr einer über zehnjährigen intensiven Befassung mit diesem Thema. Ihren Ausgangspunkt fanden diese Positionen in der ersten fundierten Analyse des BWHT mit dem Namen „Konsequenzen aus PISA“ – einer mit konkreten politischen Handlungsbedarfen versehenen Auswertung des großen internationalen Schülertests, der die Schwachstellen unseres System gnadenlos aufgedeckt hatte.

Ich möchte auch noch einmal darauf hinweisen, dass es eine Vielzahl politischer Vorstöße gegenüber den früheren CDU-geführten Landesregierungen gab. Wir haben das dringliche Anliegen des Handwerks unterstrichen, mehr und auch ausbildungsreifere jugendliche Schulabsolventen für unseren Wirtschaftsbereich zu gewinnen. Vieles blieb ungehört und wurde vor allem von den früheren Kultusministern abgeburstet: Das dreigliedrige System habe sich bewährt, hieß es lediglich. Das Handwerk habe sich mit den Hauptschulabsolventen zufrieden zu geben. Und da schwang auch immer der Unterton mit: „Die sind gut genug für Euch.“ Was aber zugleich auch bedeutete, dass auch auf dieser politischen Ebene die Hauptschule eigentlich bereits abgeschrieben wurde.

Etwas Bewegung kam dann erst im Verlauf der Regierungszeit von Günter Oettinger in das Thema: die Werkrealschule sollte stärker ausgebaut werden. Doch mit dem Ende der CDU-geführten Regierungen war dann auch Schluss mit dieser Idee. Nachdem das grün-rote Lager schon vor der Regierungsübernahme aus seiner Sympathie

für die Gemeinschaftsschule nie einen Hehl gemacht hat, war es doch sinnvoller und strategisch richtiger, sich hier mit konstruktiven Vorschlägen einzubringen, als nunmehr der CDU zuliebe – die für uns in ihren Regierungszeiten auf dem Feld der Schulpolitik keinen Finger krumm gemacht hat – deren schulpolitische Oppositionspolitik zu unterstützen.

Allerdings wird man jetzt auch die Gemeinschaftsschule scharf beobachten und sie nach einer gewissen Zeit sauber analysieren müssen – und zwar ohne Rücksicht auf parteipolitische Befindlichkeiten. Wir sind keine Vertreter von Partei-Interessen, sondern wir vertreten die Interessen des Handwerks und müssen demnach das unterstützen, was gut für die Betriebe ist.

Jedenfalls darf die Gemeinschaftsschule nicht zu einem Ausbluten und dem Ende der Realschulen führen. Wo das im Kammerbezirk der Fall ist, muss man uns auch mit sachlichen Argumenten darauf hinweisen. Die pauschale Behauptung, die Realschulen würden alle sterben und die Handwerkskammer unternehme nichts dagegen, ist populistisch und verkennt auch unsere Zuständigkeit. Es ist dann Aufgabe von Kreishandwerkerschaften und Innungen, uns auf eventuelle problematische Entwicklungen vor Ort hinzuweisen und sie konkret beim Namen zu nennen.

Hinweisen möchte ich aber auch noch auf eine andere Seite dieser Diskussion. Ich habe ja bereits gesagt, dass wir zwar die Gemeinschaftsschule wollen, aber nicht um jeden Preis. Ich war deshalb auch erleichtert, dass das Verwaltungsgericht Stuttgart vergangene Woche die Klagen von vier Gemeinden gegen das Land auf Einrichtung von Gemeinschaftsschulen abgewiesen hat.

Qualität und nicht Quantität müssen der Maßstab sein. Wem es nur um „lebensverlängernde Maßnahmen“ für einen mittelfristig sterbenden Schulstandort gehe, weil nicht mehr genügend Schüler da sind, der missbraucht die neue Schulart.

Es kommt noch eines hinzu: Die Frage nach dem Standort darf nicht danach entschieden werden, wo die Landtagsabgeordneten wohnen oder welcher Bürgermeister die beste Lobbyarbeit macht. Neben der notwendigen Schülerzahl muss ein durchdachtes pädagogisches Konzept die Grundlage der Entscheidung für eine Gemeinschaftsschule sein. Ziel muss es immer sein, dass der Heterogenität der Schülerschaft Rechnung getragen wird und dass individuelles Lernen ermöglicht wird.

Ich muss allerdings auch sagen, dass die Landesregierung die Entwicklung ein Stück weit verschlafen hat. Die regionale Schulentwicklung kommt viel zu spät. Man muss nun dringend im Konsens festlegen, welche Schulen aufgrund des prognostizierten Schülerrückgangs eine Zukunft haben und welche Schulen geschlossen werden. Ich bin der Meinung, dass sich nur langfristig gesicherte Schulstandorte zu einer Gemeinschaftsschule weiterentwickeln dürfen.

Sie sehen jedenfalls, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass das Feld der Bildungspolitik nicht nur sehr differenziert zu sehen ist, sondern auch mit zahlreichen Minen gepflastert ist. Das zeigte sich auch bei dem Vorstoß von Kultusminister Stoch, der forderte, dass sich Lehrer mehr wirtschaftlichen Sachverstand aneignen sollten. Das ist in der Tat eine gute Idee, vor allem wenn es darum geht, dass vor allem Pädagogen an Gymnasien Betriebspraktika machen sollten.

Wir werben schon seit Langem für mehr Verständnis für die Wirtschaft – und vor allem für die Vielfalt der Möglichkeiten und Karrierewege der dualen Ausbildung. Wenn junge Menschen von einer Schule an die Hochschule gehen und dann wieder als Lehrer an die Schule zurückkehren, ohne andere Berufsfelder kennengelernt zu haben, dann ist ihr Erfahrungsschatz notgedrungen begrenzt.

Denn eines ist doch sonnenklar: Nur wer selber die Arbeitswelt kennt und versteht, kann dies auch seinen Schülern vermitteln. Das Handwerk bietet im Übrigen bereits heute Fortbildungen an, in denen Lehrer alles Wissenswerte für die Berufsorientierung an der Schule erfahren und selbst an der Werkbank schaffen können – übrigens auch in unserer Bildungsakademie in Tübingen. Leider ist die Resonanz eher bescheiden.

Wir dürfen eines nicht vergessen: Neben den Eltern sind es gerade die Lehrkräfte, die bei der Berufswahl die wichtigen Entscheidungshilfen geben. Die Lehrer sollten deshalb wissen, welche Perspektiven das Handwerk in mehr als 130 Ausbildungsberufen bietet, dass auch in der Ausbildung die Fachhochschulreife erworben werden kann und dass mit dem Meister der Hochschulzugang offen steht. Wenn die Schüler so auf das Erwachsenenleben vorbereitet werden, dann kann auch das dazu beitragen, dass Ausbildungs- und Studienabbrüche vermieden werden. Ich halte im Übrigen jedoch nichts davon, Lehrer zwangszu verpflichten. Sinnvoller ist es, solche Angebote als festen Bestandteil in die Lehrerausbildung zu integrieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
ich komme damit zum Schluss. Alles was es im Jahr 2012 an Wichtigem zu unserer Arbeit zu erwähnen gibt, das können Sie im bewusst ausführlichen Lagebericht zum Jahresabschluss nachlesen. Ich möchte mich für diese sehr gute Zusammenstellung noch einmal bei allen Fachleuten unserer Verwaltung sehr herzlich bedanken. Herr Dr. Eisert wird Sie jetzt in seinem Bericht über aktuelle Entwicklungen aus dem Kammerbezirk und über die Arbeit der Handwerkskammer informieren. Vielen Dank.